

Interpellation von P.Meyer vom 26.06.2006 zu den Folgen der Dienstleistungsrichtlinie für die Deutschsprachige Gemeinschaft

Ihre Interpellation, Herr Patrick Meyer, ist vollkommen angebracht und erfolgt auch zum richtigen Zeitpunkt.

Wie im GE vom 31.Mai zu lesen war, haben sich die EU-Wirtschaftsminister am 29. Mai 2006 in Brüssel auf eine entschärfte Version der Bolkestein- Richtlinie verständigt. Die EU-Kommission und Vertreter der großen Fraktionen im EU-Parlament begrüßten den Kompromiss. Klammer auf: Eine europäische Gesetzgebung wird entschieden durch Mitglieder der Exekutive, die EU-Wirtschaftsminister, und nicht etwa durch irgendeine legislative Instanz – Klammer wieder zu.

Am 26. April 2006, also vor exakt 2 Monaten, hat die EU-Kommission in einer Kommunikation die „Sozialen Dienste allgemeinen Interesses in der EU“ vorgeschlagen.

In diesem Vorschlag wird von Modernisierung und besserer Qualität der Dienste und von der Lissabon-Strategie gesprochen und das Primat des Rechtes auf Konkurrenz wird in Erinnerung gerufen. Die Regeln der Transparenz, UND HIER KOMMT'S, der **Gleichbehandlung aller Dienstleistungserbringer**, öffentlich-rechtlich oder privat, werden eingefordert, und es wird die Schiedsrichterfunktion des Europäischen Gerichtshofes hervorgehoben.

Im Prinzip, so schreibt R.M.Jennar, handelt es sich um die Retour-Kutsche der EU-Kommission, einer Machtstruktur im Dienste des Unternehmertums, nachdem der Wille der Bevölkerung sie bei der Bolkestein-Richtlinie zurückgepfiffen hatte.

Es ist, so sagt er, nichts Anderes, als die Wiedereinführung der sozialen Sicherheit und der öffentlichen sozialen Dienste in die neo-liberale Gemeinschaftsordnung. Und er fordert, dass dieser Vorschlag im Keim erstickt werden muss.

Ich hatte der Regierung die Analyse von R.Marc Jennar zukommen lassen, und bitte sie hiermit auch diesen Aspekt der sozialen Dienstleistungen in ihrer Antwort zu berücksichtigen.

